

Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

**Antrag**

Es informiert Sie Ursula Albel  
Anschrift Rathaus Barmen  
42275 Wuppertal  
Telefon (0202) 563 66 77  
Fax (0202)  
E-Mail ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de  
Datum 29.04.2019  
**Drucks. Nr. VO/0398/19**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>20.05.2019</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>
<b>15.05.2019</b>	<b>Hauptausschuss</b>

---

**Resolution Erhalt der Gemeinnützigkeit der VVN/BdA  
Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 29. April 2019**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und die Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA beizubehalten.

Wie von der Organisation sowie einem Teil der Presse zu erfahren war, soll der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschist\*innen (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit entzogen werden. Damit wird die Organisation mittels der massiven Beschränkung ihrer finanziellen Mittel in ihren Wirkungsmöglichkeiten behindert. Überdies erleiden das öffentliche Bild der VVN-BdA und die der Organisation entgegengebrachte Wertschätzung Schaden.

In der VVN-BdA sind, soweit es ihr hohes Alter erlaubt, die letzten überlebenden Opfer des nationalsozialistischen Regimes aktiv. Menschen jüngerer Jahrgänge sichern das Bewahren und Weitergeben der schrecklichen Erfahrungen. Überlebende der Nazidiktatur haben in unserer Stadt immer wieder Zeugnis des von ihnen Erlebten abgelegt und damit immer auch jüngere Menschen erreicht.

Gedenkveranstaltungen wie Erinnerungsarbeit mit Jugendlichen sind undenkbar ohne sie. Sie waren und sind unverzichtbar für das Weitergeben von Erfahrungen, die Menschen nie wieder machen sollen.

Einige Tage vor ihrem 97. Geburtstag ist jetzt die letzte Zeitzeugin aus Wuppertal verstorben. Marianne Hecht Wieber wurde 2001 für ihr Engagement im antifaschistischen Sinne mit dem Wupper-Taler ausgezeichnet.

Die VVN-BdA ist Mitglied im Trägerverein der Begegnungsstätte Alte Synagoge.

In Wuppertal treten seit Jahren gewaltbereite, den Holocaust verleugnende und den Nationalsozialismus verherrlichende Kräfte offensiv auf. Der Rat der Stadt Wuppertal legt größten Wert darauf, dass die Zeit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft Teil eines kollektiven gesellschaftlichen Gedächtnisses bleibt. Er hat keinerlei Verständnis für eine Maßnahme, die die demokratische und humane Erinnerungskultur unserer Stadt beschädigt.

Mitglieder des Landtags, die unsere Stadt aus eigenem Wirken kennen, bitten wir ausdrücklich, sich in diesem unserem Sinne einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Gunhild Böth  
Fraktionsvorsitzende

Gerd-Peter Zielesinski  
Fraktionsvorsitzender